

# Mittelrheintal spricht fast geschlossen gegen Bahnlärm

**Resolution** Mehr als 50 Unterzeichner aus Landkreisen, Städten, Gemeinden – Pro Rheintal verweigert Unterschrift

Von unserer Redakteurin  
Martina Koch

■ **St. Goar.** Sich als Region mit eigener Stimme gegen den Bahnlärm im Mittelrheintal auszusprechen, ist das Ziel einer Resolution, die mehr als 50 Vertreter von Landkreisen, Städten, Gemeinden, Initiativen und Verbänden am Montagmittag in St. Goar unterzeichneten. „Wir wollen dokumentieren, dass Bahnlärm eben nicht nur ein Problem

des Oberen Mittelrheintals ist. Das Untere Mittelrheintal ist genauso betroffen, deswegen wollen wir als Region ein gemeinsames Signal nach Brüssel senden“, erklärte der Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Nord, Ulrich Kleemann.

Anlass der Aktion ist eine Bürgerumfrage der EU im Internet zur „Lärmemission von Güterzügen in der Europäischen Union“ (wir berichten). Im Einvernehmen darübert, dass sich wirksame gesetzliche Regelungen gegen Bahnlärm nur auf EU-Ebene treffen lassen, geht die unterzeichnete Resolution noch in dieser Woche der EU-Kommission zu. Genau dieses Vorgehen rief allerdings Kritiker auf den Plan: Das Bürgernetzwerk Pro Rheintal um den Vorsitzenden

Frank Gross sagte schon im Vorfeld die Teilnahme an der Aktion ab. „Der am meisten befahrene Korridor kann in Umweltfragen nicht den gleichen Gesetzen unterliegen, die für ein Bimmelbähnchen an der Adria gelten“, ließ Gross schriftlich wissen. Außerdem habe die EU die Bürgerbeteiligung zum Thema Bahnlärm mit einem komplizierten Fragebogen eher verhindert als begünstigt.

Als „sehr unglücklich“ bezeichnete SGD-Präsident Kleemann die Weigerung von Pro Rheintal, sich an der gemeinsamen Aktion zu beteiligen. Auch der St. Goarer Bürgermeister Walter Mallmann forderte die an-

wesenden Rheinamlierger zurgeschlossenheit auf: „Es geht darum, dass Brüssel, Berlin und Mainz künftig gemeinsam etwas gegen die unsäglichen Belastungen durch Bahnlärm tun. Dafür müssen wir in der Region die Reihen geschlossen halten.“

Der Vorsitzende der Bürgerinitiative (BI) im Mittelrheintal gegen Umweltschäden durch die Bahn, Willi Pusch, stellte sich demonstrativ vor die gemeinsame Resolution: „Für uns als

Bürgerinitiative ist das ein historischer Tag. Unser Weiterbetal darf nicht zu einem reinen Frachtkanal verkommen.“ Pusch hatte in Brüssel heftig dagegen protestiert, dass

„Das Weiterbetal darf nicht zu einem Frachtkanal verkommen.“

Willi Pusch, Vorsitzender der BI gegen Umweltschäden durch die Bahn

Walter Mallmann forderte die an-

die Bahnlärumfrage der EU zunächst nur auf Englisch zu bearbeiten war – mit Erfolg. Inzwischen ist der Fragebogen auch in deutscher Sprache abrufbar.

Neben einer Umrüstung der Güterwaggons von Graugussbremssohlen auf Verbundstoffbremssohlen und einer Einführung lärmabhängiger Trassenpreise fordern die Unterzeichner der Resolution auch die Einführung von Lärmgrenzwerten und begrüßen den Vorstoß des Schweizer Ständerats in diese Richtung. Auf Dauer werden diese Forderungen aber keine Abhilfe beim Bahnlärm schaffen, sagte der Landrat des Rhein-Lahn-Kreises, Günter Kern: „Die Bemühungen um eine Alternativtrasse sind wichtig, auch wenn diese sicherlich Milliarden kosten wird.“